

Zeitschrift: Schweizer Soldat : die führende Militärzeitschrift der Schweiz
Herausgeber: Verlagsgenossenschaft Schweizer Soldat
Band: 96 (2021)
Heft: 7-8

Artikel: Die Bundeswehr : aktuelle Defizite
Autor: Goertz, Stefan
DOI: <https://doi.org/10.5169/seals-977177>

Nutzungsbedingungen

Die ETH-Bibliothek ist die Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften auf E-Periodica. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Zeitschriften und ist nicht verantwortlich für deren Inhalte. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern beziehungsweise den externen Rechteinhabern. Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen sowie auf Social Media-Kanälen oder Webseiten ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. [Mehr erfahren](#)

Conditions d'utilisation

L'ETH Library est le fournisseur des revues numérisées. Elle ne détient aucun droit d'auteur sur les revues et n'est pas responsable de leur contenu. En règle générale, les droits sont détenus par les éditeurs ou les détenteurs de droits externes. La reproduction d'images dans des publications imprimées ou en ligne ainsi que sur des canaux de médias sociaux ou des sites web n'est autorisée qu'avec l'accord préalable des détenteurs des droits. [En savoir plus](#)

Terms of use

The ETH Library is the provider of the digitised journals. It does not own any copyrights to the journals and is not responsible for their content. The rights usually lie with the publishers or the external rights holders. Publishing images in print and online publications, as well as on social media channels or websites, is only permitted with the prior consent of the rights holders. [Find out more](#)

Download PDF: 16.01.2026

ETH-Bibliothek Zürich, E-Periodica, <https://www.e-periodica.ch>

Die Bundeswehr – aktuelle Defizite

Die Berichte der Wehrbeauftragten des Bundestages, die für die Bundeswehr zuständig ist, melden seit Jahren grosse Defizite in den Bereichen Personal, Material und «zu viel Bürokratie». Diese Berichte sprechen seit einiger Zeit eine klare Sprache.

Prof. Dr. Stefan Goertz, Bundespolizei, Hochschule des Bundes, Lübeck

Dieser Beitrag stellt die persönliche Auffassung des Autors dar.

Die Wehrbeauftragte als «Anwältin» der Soldatinnen und Soldaten der Bundeswehr bearbeitete im Berichtsjahr 2020 3907 Vorgänge, davon 2753 persönliche Eingaben von Angehörigen der Bundeswehr. Die Defizite in den Bereichen Personal, Material und «zu viel Bürokratie» werden hier anhand von Beispielen untersucht.

Stand 2020

Die Bundeswehr ist seit Jahren «als Ganzes noch nicht aufgestellt und ausgerüstet für kollektive Verteidigung». Zu dieser Bewertung kam der Vorgänger der neuen Wehrbeauftragten des Bundestages, Hans-Peter Bartels (SPD) in seinem Jahresbericht 2019 aus dem Januar 2020. Durchgreifende Verbesserungen seien auch nach mehr als vier Jahren massiver Investitionen kaum spürbar, so Bartels.

Die Soldatinnen und Soldaten trügen unverändert dieselben Sorgen und Beschwerden zum Zustand der Truppe vor. Nach wie vor müsse die Bundeswehr «Aufgaben erfüllen, für die sie erst im Jahre 2031 ausgerüstet sein soll». Die Truppe «ist es gewohnt, geduldig zu sein, aber es pressiert wirklich», sagte Bartels. Es seien mehr als 20 000 Dienstposten nicht besetzt und es gebe ein Allzeit-Tief bei Neueinstellungen. Bei der Ausrüstung mit schwerem Gerät – Panzer, Flugzeuge,

Schiffe – sei es auch 2019 «nicht gelungen, die Einsatzbereitschaft zu verbessern».

Dieser Wehrbeauftragte des Bundestages wurde nach dem Ablauf seiner ersten Amtszeit von der SPD-Fraktion im Bundestag nicht für eine zweite Amtszeit vorgeschlagen, was partei- und fraktionsübergreifend stark kritisiert wurde. Die SPD-Fraktion im Bundestag schlug als neue Wehrbeauftragte Eva Högl (SPD) vor und diese wurde im Mai 2020 mehrheitlich gewählt.

Die Wehrbeauftragte

Das Amt der Wehrbeauftragten ist kein Organ des Verteidigungsministeriums. Im Grundgesetz wird die Wehrbeauftragte als Hilfsorgan des Parlaments bezeichnet (Art. 45 b des Grundgesetzes). Ihre institutionelle Anbindung an den Deutschen Bundestag spiegelt die Kontrolle des Parlaments über die Armee wider.

Die Wehrbeauftragte gilt als «Anwältin der Soldatinnen und Soldaten». Jeder Angehörige der Bundeswehr, egal ob freiwillig Wehrdienstleistender oder hoher Offizier, kann sich direkt, ohne Einhaltung des Dienstweges, mit Beschwerden, Vorschlägen und anderen Anliegen an sie wenden.

Wegen Anrufung der Wehrbeauftragten darf eine Soldatin oder ein Soldat nicht dienstlich benachteiligt werden. Die Amtsinhaberin hat weitreichende Befugnisse, sie kann auch auf eigene Initiative handeln. So darf sie jederzeit unangemeldet Kasernen besuchen und alle Akten des



Überall dort, wo es an Personal mangelt, müssen Soldaten die Arbeit übernehmen und die Gesamtlast verteilen.

Verteidigungsministeriums einsehen. Weder der Bundestag noch der Verteidigungsausschuss dürfen ihr in dieser Hinsicht Vorgaben machen. Das ist weltweit einzigartig.

Einmal im Jahr legt die Wehrbeauftragte dem Deutschen Bundestag einen Bericht über ihre Arbeit vor. Darin sind die Anliegen der Soldatinnen und Soldaten zusammengefasst, Missstände in der Truppe werden offengelegt. So ergibt sich ein umfassendes Bild vom inneren Zustand der Bundeswehr. Der Jahresbericht wird nach seiner Veröffentlichung im Bundestag debattiert. Ausserdem nimmt das Verteidigungsministerium schriftlich Stellung dazu. Auf der Internetseite des Bundestages lässt sich der Jahresbericht der Wehrbeauftragten einsehen.

Die Wehrbeauftragte wird auf fünf Jahre von den Mitgliedern des Bundestages gewählt und vom Bundestagspräsidenten ernannt. Vorschlagsberechtigt sind der Verteidigungsausschuss sowie die Fraktionen des Bundestages.

«Der Jahresbericht beschreibt die bekannten, seit Jahren bestehenden und leider weiterhin aktuellen Probleme der



Bild: Bundeswehr

en die übrigen Soldatinnen und Soldaten die sich auf weniger Schultern.



Bild: Deutscher Bundestag Inga Haar

Die Wehrbeauftragte, Eva Högl, als «Anwältin» der Soldatinnen und Soldaten der Bundeswehr bearbeitete im Berichtsjahr 2020 3907 Vorgänge, davon 2753 persönliche Eingaben von Angehörigen der Bundeswehr.

Bundeswehr: Zu wenig Material, zu wenig Personal, zu viel Bürokratie.»

Stand 2021

Die neue Wehrbeauftragte führt in ihrem ersten Jahresbericht, im Februar 2021, aus: «Soldatinnen und Soldaten brauchen in Ausbildung, Übung und Einsatz die bestmögliche Ausrüstung. Dass dies nicht immer und überall gewährleistet ist, ist inakzeptabel. Es ist absolut unverständlich, dass es nicht gelingt, Beschaffungen – selbst von kleinen Ausrüstungsgegenständen wie Kälteschutzanzügen, Gehörschutz, Helmen oder Rucksäcken – zu beschleunigen. Fehlende oder nicht einsatzfähige Fahrzeuge, Hubschrauber und Schiffe, fehlendes Werkzeug, enorme Verzögerungen bei der Instandsetzung – das ist leider Alltag in der Truppe und ein häufiger Grund für die berechtigte Unzufriedenheit von Soldatinnen und Soldaten.

Die Strukturen und Prozesse müssen dringend verändert werden. Wir brauchen mehr Flexibilität, mehr Verantwortungsbewusstsein und klarere Entscheidungsstrukturen.» Im Berichtsjahr 2020 bearbeitete die Wehrbeauftragte 3907 Vorgänge,

davon 2753 persönliche Eingaben von Angehörigen der Bundeswehr.

«Zu wenig Personal»

Aktuelle und seit Jahren bekannte Defizite sind und waren u.a. die Neueinstellung von Soldatinnen und Soldaten. Auch pandemiebedingt konnte die Bundeswehr im Jahr 2020 nur noch 16 430 Frauen und Männer, das sind ca. 19 Prozent weniger als im Vorjahr, hinzugewinnen.

Zum Ende des Jahres 2020 betrug die Stärke des militärischen Personals der Bundeswehr 183 777 aktive Soldatinnen und Soldaten. Davon waren 53 316 Berufssoldatinnen und Berufssoldaten, 122 210 Soldatinnen und Soldaten auf Zeit (zusammen 175 526) sowie 8251 Freiwilligen-Wehrdienst-Leistende.

Das vom Verteidigungsministerium selbst gesteckte Minimalziel wurde damit unterschritten, was zur Folge hat, dass die Bundeswehr immer älter wird.

Das Durchschnittsalter von Berufs- und Zeitsoldaten ist im Vergleich zu 2012, als es kurz nach dem Aussetzen der Wehrpflicht 30,3 Jahre betrug, um drei Jahre auf 33,4 Jahre gestiegen. Eine Entwicklung,

die mit Blick auf die Einsatzbereitschaft der Streitkräfte wenig zweckdienlich ist.

Wie schon in den Vorjahren stagniert die Zahl vakanter Dienstposten in der Bundeswehr auf hohem Niveau. Ende 2020 waren oberhalb der Laufbahnen der Mannschaften rund 20 200 Dienstposten des militärischen Personals unbesetzt, das sind rund 18 Prozent. Nach Angaben der Wehrbeauftragten bergen viele unbesetzte Dienstposten Risiken unter dem Gesichtspunkt der inneren Führung.

Überall dort, wo es an Personal mangelt, müssen die übrigen Soldatinnen und Soldaten die Arbeit übernehmen und die Gesamtlast verteilt sich auf weniger Schultern. Eine solche Situation ist in Einzelfällen und während überschaubarer Zeiträume hinnehmbar. Allerdings, so führt die Wehrbeauftragte aus, dauert der Personal-mangel der Bundeswehr bereits seit Jahren an, und es fehlt ein Drittel bis gar die Hälfte des erforderlichen Personals.

Die Wehrbeauftragte Högl erklärt hierzu: «Hier nimmt die Bundeswehr nicht nur Einbussen bei der Auftragserfüllung in Kauf. Sie riskiert auch die Gesundheit der Soldatinnen und Soldaten, die den Man-



«Die Truppe «ist es gewohnt, geduldig zu sein, aber es presst wirklich».

gel mit hohem persönlichen Einsatz auszugleichen versuchen und sich dabei verschleissen. Nicht zuletzt droht auch der Verlust der persönlichen Motivation von Soldatinnen und Soldaten, die sich von ihrem Dienstherrn allein gelassen fühlen.»

Zu wenig Material

Die gesamte Materiallage und vor allem die Ausstattung der Bundeswehr mit Grossgerät steht seit vielen Jahren im Fokus der Aufmerksamkeit der Wehrbe-

auftragten, des Bundestags sowie der Öffentlichkeit und sind Gegenstand der Berichterstattung.

Die Wehrbeauftragte mahnt kritisch, dass die Bundeswehr «die Anforderungen im Rahmen einer zu stärkenden Bündnis- und Landesverteidigung genauso wie die wachsenden Herausforderungen im Bereich der Auslandseinsätze und der einsatzgleichen Verpflichtungen erfüllen können» müsse. Das deutsche Verteidigungsministerium bezifferte die materielle



Fehlende oder nicht einsatzfähige Fahrzeuge, enorme Verzögerungen bei der Instandsetzung.

Einsatzbereitschaft aller 69 Hauptwaffensysteme mit Stand Dezember 2020 auf 74 Prozent. Der Bundeswehrverband dagegen sieht die Einsatzbereitschaft aktuell bei maximal 50 Prozent.

Nach Angaben des Inspektors des Heeres ergaben sich im Jahr 2020 keine nachhaltigen Verbesserungen in der Verfügbarkeit einsatzbereiter Systeme für das Heer.

Beispielsweise standen im Ausbildungszentrum der deutschen Panzertruppe in Munster im Jahr 2020 durchschnittlich nur 13 einsatzbereite Kampfpanzer Leopard 2 für die Ausbildung zur Verfügung, während das Soll bei 35 liegt. Nach Einschätzung des Verteidigungsministeriums werde dieser Kampfpanzer erst dann bedarfsgerecht einsatzbereit sein, wenn die zur notwendigen Modernisierung des Waffensystems aufgelegten Umrüstungsprogramme abgeschlossen sind, was voraussichtlich im Jahr 2025 der Fall sein wird.

Beim Schützenpanzer Puma ist weder ein geregelter Ausbildungsbetrieb noch ein Einsatz des Pumas möglich, mit seiner Einsatzreife ist erst im Jahr 2025 zu rechnen. Mangels einsatzreifer Schützenpanzer Puma muss sich das deutsche Heer weiterhin auf den seit Anfang der 1970er-Jahre im Dienst stehenden Schützenpanzer Marder verlassen.



Bilder: Wikimedia

Auch pandemiebedingt konnte die Bundeswehr im Jahr 2020 nur noch 16 430 Frauen und Männer, das sind ca. 19 Prozent weniger als im Vorjahr, hinzugewinnen.



Hubschrauber und Schiffe, fehlendes Werkzeug, das ist leider Alltag in der Truppe.



Für die politisch gewünschte Koalitionsrüstung in Europa müssen die Planer der Bundeswehr jedoch belastbar wissen, was sie in fünf Jahren investieren können; dies ist im Augenblick nicht der Fall.

Doch auch bei diesem Schützenpanzer kommt es zu wesentlichen Einschränkungen der Einsatzbereitschaft. Ein erhöhter Einsatz führt zu vermehrtem Verschleiss.

Auch die deutsche Luftwaffe konnte für das Jahr 2020 keine nachhaltigen Verbesserungen bei der Einsatzfähigkeit wichtiger Waffensysteme berichten. Die Luftwaffe ist nach eigenen Angaben im Augenblick nur fähig, die gestellten Aufgaben im Zusammenhang mit den Auslandseinsätzen und den Dauereinsatzaufgaben in Deutschland, inklusive der Alarmrouten zur Sicherheit im Luftraum für das NATO-Air-Policing-Baltikum, zu erfüllen, was jedoch zulasten der Ausbildungsvorhaben geht. Zusätzliche Aufgaben konnte die Luftwaffe 2020 nicht übernehmen.

Die deutsche Marine muss nach wie vor das grosse Aufgabenspektrum Einsätze, einsatzgleiche Verpflichtungen, Übungen und Ausbildung mit wenigen einsatzbereiten seegehenden Einheiten abdecken. Daneben soll sie auf eine wachsende Verantwortung und damit zunehmende Aufgaben im Zusammenspiel mit der Europäischen Union und der NATO vorbereitet sein. Daher besteht nach Angaben der Wehrbeauftragten aber der Eindruck, dass auch diese Teilstreitkraft das eine nur unter Vernachlässigung des anderen erfüllen könne.

Das Beschaffungswesen der Bundeswehr wird als «teilweise dysfunktional» beschrieben. Ein Hindernis bei einer zügigeren Beschaffung von Material sah der Wehrbeauftragte Bartels in einer «Regelungsdichte und grossen Klagefreude der wehrtechnischen Industrie, die schnelle Beschaffungen nahezu unmöglich mache»: «Die immer engere Verrechtlichung des Vergabeprozesses hat zu dem Eindruck bei der Industrie geführt, man könne den Auftrag auch auf dem Rechtsweg erstreiten.»

Die Grossprojekte im Rüstungsbereich des deutschen Wehressorts kennen praktisch nur eine Konstante: Verzögerung. Sie bewegt sich seit 2015 um die 50 Monate. Künftig dürfte die Rüstungsmisere noch drastischer werden. Denn die Schwächen des deutschen Beschaffungswesens lassen sich kaum beseitigen.

Eine Kernschwäche der Rüstung Deutschlands ist die Finanzplanung. Wenn die Eckwerte des Wehretats vom Finanzministerium abgesenkt werden, entstehen unmittelbar riesige Lücken bei den Rüstungsinvestitionen, was vor allem Grossvorhaben versacken lässt.

Der Lehrstuhl für Militärökonomie der Bundeswehr-Universität München hat errechnet, dass bei einer Entwicklung nach den jetzigen Eckwerten bis 2030 rund 40 Prozent der Investitionssumme

fehlen werden. Das strategische Ziel einer Rahmennationenarmee lässt sich so nicht umsetzen. Für die politisch gewünschte Koalitionsrüstung in Europa müssen die Planer der Bundeswehr jedoch belastbar wissen, was sie in fünf Jahren investieren können; dies ist im Augenblick nicht der Fall.

Fazit

Die aktuellen Defizite der Bundeswehr im Bereich Personal, Material und «zu viel Bürokratie» sind nicht neu, ihre Dramatik verschärft sich seit Jahren. Auch wegen des Aussetzens der Wehrpflicht im Jahr 2011 hat die Bundeswehr erhebliche Schwierigkeiten bei der Gewinnung von geeignetem (Fach-)Personal.

Die Bundeswehr ist trotz internationaler Bündnisaufgaben teilweise nicht durchhaltetfähig einsatzbereit, es mangelt an der persönlichen Ausstattung der Soldaten, die Munitionsbevorratung unterschreitet die NATO-Vorgaben teilweise drastisch, diesen Streitkräften fehlt es an Schiffen, Panzern und Helikoptern, Luftverteidigung und Kampfflugzeugen. Abschliessend bleibt festzustellen: Die Bundeswehr als Streitkräfte eines wichtigen europäischen Akteurs hat seit Jahren sehr grosse strukturelle Defizite, die weitreichende sicherheitspolitische Konsequenzen haben könnten. 